

Aus der Sozialdemokratie.

Ausländische Antworten an die deutsche Sozialdemokratie. Der Friedensaufruf des Vorstands der deutschen Sozialdemokratie hat im Ausland nicht das erhoffte Echo geweckt. Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt darüber: „Die Anstrengungen Englands beweisen, daß man entschlossen ist, selbst unter extremster Beschränkung der traditionellen englischen Freiheit den Krieg bis aufs Messer fortzusetzen. Aus Frankreich erfahren wir, daß alle Parteien darüber einig sind, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen. Die Zurücktreibung der deutschen Heere über die Grenze genügt ihnen keineswegs. Die belgische Regierung, die ja auch zurzeit in Frankreich ihren Sitz hat, hat noch in letzter Zeit Äußerungen getan, wonach eine wesentliche Schwächung Deutschlands durch Landverlust unter allen Umständen herbeigeführt werden müsse. Auch Vandervelde ist entschlossen, sich die Ohren zu verstopfen, um nichts vom Frieden zu hören, solange Belgien nicht geräumt ist. Und aus Frankreich haben wir noch in letzter Zeit aus dem Munde von Sozialisten wiederum vernommen, daß die Zurücknahme Elsaß-Lothringens durch Frankreich keine Annexion wäre. Man hält also auch in Frankreich daran fest, daß der Krieg nicht nur als Verteidigungskrieg weitergeführt werden muß, sondern daß sogar nach dem Zurückwerfen der deutschen Heere über die Grenze, das den Franzosen allerdings etwas schwer werden dürfte, er als Angriffskrieg weiter fortgeführt werden muß; denn ohne Angriffskrieg ist die „Zurücknahme“ Elsaß-Lothringens natürlich nicht zu erreichen. Das ist also die Antwort, die überall, nicht nur aus den offiziellen Kreisen, sondern bis weit hinein auch aus den Reihen der Sozialisten feindlicher Länder auf den Friedensaufruf unseres Parteivorstandes erfolgt. Doch geben wir die Hoffnung noch nicht auf. Zu bestimmt haben uns die Haase, Kautsky und Bernstein den Erfolg von Friedenskundgebungen in Deutschland vorausgesagt, als daß ein Zweifel obwalten könnte, daß nunmehr auch sympathischere Antworten aus den Ländern der Feinde noch kommen werden. Wie die Großmächte singen, so handeln die kleinen feindlichen Mächte. Da die militärische Situation es verhindert, gegen Serbien und Montenegro aggressiv vorzugehen, so schwillt diesen Mächten der Kamm und sie annectieren in dem durch innere Wirren zerrütteten Albanien in ganz gründlicher Weise drauf los, ohne sich im geringsten um das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu kümmern.“

„Was kommen muß, das kommt,“ ruft der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Karlsruhe aus. Er druckt die neue, von uns bereits erwähnte Erklärung des Parteivorstandes und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „gegen Parteizerrüttung“ ab, die das Verharren der Partei bei der Politik des 4. August, insbesondere auch England gegenüber, klar zum Ausdruck bringt, u. a. auch mit den Worten:

Die Vorbedingung für die erfolgreiche künftige Führung des Klassenkampfes ist die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit unseres Landes. Dieser Sicherung zu dienen ist deshalb die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Der „Volksfreund“ druckt die Erklärung des Parteivorstandes im Wortlaut ab und bemerkt dazu:

Uns dünkt, es seien nun genug Erklärungen gegen die Parteizerrüttung abgegeben worden. Belehren lassen sich diese Elemente ja doch nicht. Was kommen muß, das kommt.

Der „Vorwärts“, der am 26. Juni wegen Veröffentlichung des Aufrufs des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden“ verboten worden war, ist heute wieder erschienen. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei vertritt in einem Artikel „Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei“ offen den Standpunkt der die Mehrheit der Reichstagsfraktion bekämpfenden Minderheit. Besonders verteidigt der „Vorwärts“ den Parteivorsitzenden Haase gegenüber den Vorwürfen, die gegen ihn wegen seines Angriffs gegen die Haltung der Parteileitung erhoben worden sind. Auf dem zusammen mit Bernstein und Kautsky in der „Leipz. Volksztg.“ veröffentlichten Aufruf des Abg. Haase „Das Gebot der Stunde“, der eine Aenderung der Haltung der Reichstagsfraktion forderte, haben Mitglieder der Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion mit dem Hinweis geantwortet, daß Haase, der Vorsitzende der Partei

und der Reichstagsfraktion, „in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne seines Aufrufs gestellt oder irgend eine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht“ habe. Die Antwort des „Vorwärts“ hierauf stellt es heute so dar, als ob von Haase verlangt worden wäre, daß er „seine Ansichten nur dort (im Fraktions- und im Parteivorstand) vertreten sollte, und nicht auch sonst überall in der Partei“. Ein solches Verlangen — sagt der „Vorwärts“ — „entspricht nicht den Grundsätzen der Demokratie, sondern etwa den Fundamentalgedanken des preussischen Dreiklassenwahlrechts, das die Rechte der Staatsbürger peinlichst nach Wahlbezirken abmißt“. Mit dem Geist des Sozialismus nicht nur, sondern auch mit dem jeder wirklichen Demokratie verträglich, nimmermehr der bürokratische Anspruch, daß nur die Instanzen die geistige Richtung einer Partei und ihre Taktik zu bestimmen hätten“. — Ueber eine derartige Verteidigung gegenüber gar nicht erhobenen Vorwürfen dürfte selbst der Abg. Haase kaum erfreut sein.